

AUSGABE: Nr. 11/2024 – Woche 11.03.24 bis 17.03.24



Mehr als 100 Geiseln befinden sich noch immer in den Händen von palästinensischen Terroristen in Gaza. Sie und ihre Familien gehen seit vielen Monaten durch die Hölle. Wir müssen sie nach Hause bringen, jeder Tag zählt. So lange sie in Gaza sind, sind wir alle da.

UN-Sicherheitsrat tagt zu Vergewaltigungen am 7. Oktober

Fünf Monate nach dem verheerenden Hamas-Angriff auf Israel ist der UN-Sicherheitsrat nun endlich zu einer Sondersitzung zusammengekommen, um die Sexualverbrechen der Hamas gegen Israelis während der Invasion zu erörtern. Dem ging die Veröffentlichung eines UN-Berichts der Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für sexuelle Gewalt in Konflikten, Pramila Patten, voraus.

In ihrer Eröffnungsrede betonte Patten, dass die Geiselnahme von Menschen „nach internationalem Recht verboten“ sei. Laut ihres Berichts gebe es „begründeten Verdacht“, dass es während des Angriffs der Hamas an

mehreren Orten zu sexueller Gewalt, einschliesslich Vergewaltigung und Gruppenvergewaltigung, gekommen sei. Sie fügte hinzu, dass diese Feststellungen jedoch nicht „weitere Feindseligkeiten legitimieren“, sondern „eine moralische Notwendigkeit für einen humanitären Waffenstillstand schaffen“.

Israels Aussenminister war einziger israelischer Redner

Israels einziger Redner war Aussenminister Israel Katz, der von einer Delegation von über 40 Familien von Geiseln aus dem Gazastreifen begleitet wurde. Er forderte die 15 Mitgliedsstaaten des Gremiums auf, die Hamas als terroristische Organisation einzustufen und strenge Sanktionen gegen sie zu verhängen. Katz betonte ausserdem, dass der UN-Sicherheitsrat maximalen Druck auf die Hamas ausüben müsse, um die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln zu erreichen. Unter Hinweis auf die katastrophale Lage der seit fünf Monaten festgehaltenen Geiseln appellierte Katz an die Ratsmitglieder, die andauernde „Hölle auf Erden“ zu beenden, und wies auf ihre Chance hin, 134 unschuldige Menschenleben zu retten. Der Aussenminister kritisierte das lange Schweigen der UN zu den Aktionen der Hamas und wies darauf hin, dass die brutalen Verbrechen der Hamas in den über fünf Monaten und 41 Sitzungen seit dem 7. Oktober nicht verurteilt worden seien.

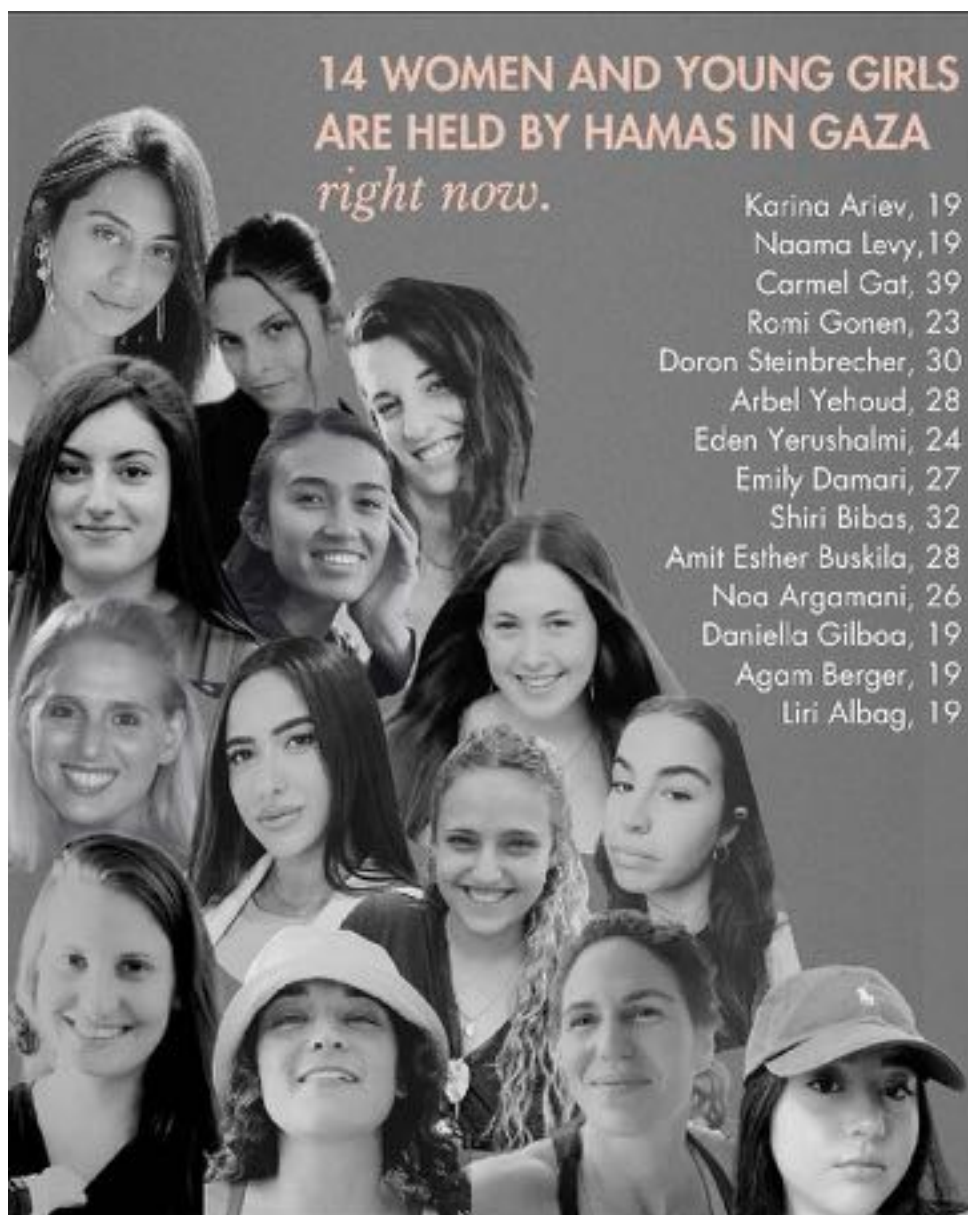
In dem UN-Bericht, der verfasst wurde, nachdem Patten zusammen mit ihrem Team Israel besucht hatte, wurde festgestellt, dass es bei dem Hamas-Angriff auf Israel am 7. Oktober zu sexuellen Übergriffen kam und dass diese immer noch an Geiseln verübt werden, die von der Organisation im Gazastreifen gefangen gehalten werden. Pattens Team erklärte, dass es auf der Grundlage der gesammelten Informationen „hinreichenden Verdacht für die Annahme gibt, dass konfliktbedingte sexuelle Gewalt, einschliesslich Vergewaltigungen und Gruppenvergewaltigungen, an mindestens drei Orten stattgefunden hat, nämlich auf dem Gelände des Nova-Musikfestivals und in seiner Umgebung, auf der Strasse 232 und in einem Kibbutz.“ Der Bericht geht allerdings nicht auf die strafrechtlich relevante Frage ein, ob die Taten systematisch begangen wurden, und stellt fest, dass „das wahre Ausmass der sexuellen Gewalt am 7. Oktober und ihrer Folgen erst in Monaten oder Jahren aufgedeckt werden kann und möglicherweise nie vollständig bekannt sein wird.“

Patten kritisiert israelische Behörden

In Bezug auf die von der Hamas festgehaltenen Geiseln heisst es in dem Bericht, dass es „klare und überzeugende Informationen darüber gibt, dass mehrere von ihnen verschiedene Arten sexueller Gewalt erlitten haben, darunter Vergewaltigung, Folter mit sexuellem Hintergrund sowie grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung“, und dass „es einen begründeten Verdacht für die Annahme gibt, dass diese Gewalt auch jetzt noch andauern kann.“

Allerdings sei es nicht möglich, das Ausmass der sexuellen Gewalt zu bestimmen, so Patten in ihrem Bericht. Darüber hinaus kritisierte sie das Verhalten der israelischen Behörden bei der Sammlung von Beweisen für sexuelle Gewalt und forderte Israel auf, mit anderen UN-Gremien bei deren Untersuchungen zusammenzuarbeiten. Vorwürfe Israels, der UN-Generalsekretär Antonio Guterres habe versucht, den Bericht zu verhindern, wies Patten zurück. Sie habe volle Unterstützung für dessen Veröffentlichung und sofortige Weiterleitung an den Sicherheitsrat erhalten.

Yarden Gonen, die Schwester der israelischen Geisel Romi Gonen, die an der Delegation in New York teilnahm, dankte Patten für den Bericht und fügte hinzu, dass für die Familien „der 7. Oktober immer noch stattfindet“. In Bezug auf Zeugenaussagen bereits freigelassener Geiseln in dem Bericht sagte Gonen: „Die letzte Geisel wurde nach 55 Tagen freigelassen, jetzt sind wir bei Tag 156 angelangt. Das sind weitere 101 Tage für jede der Geiseln, um das zu erleben, was dort beschrieben wird.“



Diese 14 jungen israelischen Frauen sind immer noch in Gaza gefangen (Bild: the49percent).

Kibbutz kämpft um Pass für sudanesische Helferin

Der Angriff und das Massaker der Hamas am 7. Oktober haben den Kibbutz Be'eri in Schutt und Asche gelegt. Seitdem hat der Kibbutz Hilfe von unzähligen selbstlosen Freiwilligen erhalten. Die 18-Jährige Elif Yagoub, die 2007 als Kind aus dem Sudan nach Israel geflüchtet ist und vor dem Krieg als Tutor gearbeitet hat, blieb auch nach dem 7. Oktober, um der Gemeinde zu helfen, der sie sich zugehörig fühlt. Einwohner von Be'eri haben nun einen Brief an den israelischen Innenminister geschickt, in dem sie ihn bitten, Yagoub für ihren Dienst in Israel die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

In dem Brief appellieren die Bewohner an den Minister: „Wir schreiben Ihnen dringend in Bezug auf eine junge Frau, Elif Yagoub, die sich für die Wiederherstellung unserer Gemeinschaft und die Heilung der Seelen der Kinder von Be'eri eingesetzt hat.“ Der Brief wurde von 80 Bewohnern des Kibbutz Be'eri unterzeichnet. Yagoub wurde im Sudan geboren und kam mit zwei Jahren nach Israel. Sie wuchs im Kibbutz Ketura im Süden des Landes auf und wurde dort ausgebildet. Seitdem lebt sie mit einem befristeten Flüchtlingsvisum in Israel, das jedes Jahr verlängert wird.

„Ich bin von klein auf als Israelin aufgewachsen und fühle mich als Israelin“, sagte Yagoub in einem Zeitungsinterview. „Das ist alles, woran ich mich erinnere und was ich weiss. Als ich 14 war, fragte ich, ob ich in die IDF eintreten könnte, und man sagte mir, dass ich nicht eintreten könne, weil ich keine Staatsbürgerin sei. Seit ich mich erinnern kann, wollte ich mich melden und meinen Beitrag leisten, denn für mich war klar, dass ich Israeli bin wie jeder andere auch. Danach habe ich versucht, zum Nationaldienst zu gehen, aber auch das war wegen meines Status nicht möglich.“



Elif Yagoub mit Kindern im Kibbutz Be'eri (Bild: privat).

Dennoch gab sie ihren Wunsch nach einem Dienst für Israel nicht auf und begann ein Jahr lang freiwillig zu arbeiten. Sie kam in den Kibbutz Be'eri, wo sie für den informellen Unterricht von 42 Schülern der 5. und 6. Klasse zuständig war. Drei Schüler, die sie unterrichtete, wurden am 7. Oktober ermordet, drei weitere wurden nach Gaza entführt und später im Rahmen eines Geiselausschlusses freigelassen. In dem Brief schrieben die Bewohner von Be'eri über Yagoub: „Durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit hat sie Entschlossenheit, Professionalität und Sensibilität bewiesen, die die Seelen unserer Kinder berührt haben. Elif identifiziert sich mit dem Staat Israel, seinen Werten, seinem Volk (...) Nach dem 7. Oktober hat Elif bewiesen, dass ihre Zugehörigkeit zur israelischen Gesellschaft nicht nur auf dem Papier steht, sondern dass sie aktiv in Israel lebt und es unterstützt. Wir sind der Meinung, dass es für die israelische Gesellschaft, den Kibbutz Be'eri und Elif von Vorteil wäre, wenn der ehrenwerte Minister das Offensichtliche offiziell anerkennen würde, nämlich dass Elif ein Teil von uns ist.“

Im März 2021 befanden sich etwa 6.200 sudanesischen Migranten in Israel. Die israelischen Behörden haben vielen von ihnen in Zusammenarbeit mit dem UNHCR vorübergehenden Schutz gewährt, den Zugang zu sozialen Diensten ermöglicht und darüber hinaus ist es ihnen erlaubt, im Land zu arbeiten. Langfristige Aufenthaltsgenehmigungen oder gar die israelische Staatsbürgerschaft werden den Flüchtlingen aber so gut wie gar nicht erteilt. Darüber hinaus sind die israelische und die sudanesischen Regierung über die mögliche Rückkehr von Migranten in den Sudan nach ihrem Normalisierungsabkommen im Gespräch.



Elif Yagoub im Kibbutz Be'eri (Bild: privat).

Ben Gurion Uni lehnt Campus mit Geschlechtertrennung ab

Der Senat der Ben-Gurion-Universität stimmte am Montag gegen die Einrichtung eines geschlechtergetrennten Campus für die ultraorthodoxe jüdische Gemeinschaft.

Der Vorschlag, der darauf abzielte, ein integratives Bildungsumfeld für die ultraorthodoxe Minderheit zu schaffen, stiess auf starken Widerstand. Der Senat der Universität, ein Gremium, das sich aus leitenden Professoren zusammensetzt, die vom akademischen Personal gewählt werden, lehnte den Vorschlag der Verwaltung mit grosser Mehrheit ab, wobei nur etwa 15 Mitglieder ihn unterstützten. Der Entscheidung ging eine kontroverse Debatte voraus.

Der israelische Rat für Hochschulbildung hatte landesweit zur Einreichung von Vorschlägen aufgerufen, mithilfe derer geschlechtergetrennte Campusse in ganz Israel eingerichtet werden können. Die Initiative ist Teil eines umfassenderen Projekts zur Förderung der Hochschulbildung von Randgruppen, darunter arabische Israelis, äthiopische Israelis und die ultraorthodoxe Gemeinschaft. Das Konzept der Geschlechtertrennung hat jedoch Bedenken hinsichtlich möglicher Diskriminierung und der Auswirkungen auf den öffentlichen Raum aufgeworfen, zu dem die akademische Welt gehört.

Aktuell ist es in Israel so, dass die Schulen und Hochschulen für den ultraorthodoxen und orthodoxen Nachwuchs im Land nach Geschlechtern getrennt sind. Deshalb gibt es fast keine Durchmischung mit den anderen staatlich geführten Schulen und Universitäten, da diese gemeinschaftlich besucht werden.



Orthodoxe Jungen und Mädchen besuchen in Israel getrennte Klassen. (Bild: Jerusalem College of Technology)

Ihre Ansprechpartner

Redaktion: Katharina Höftmann; E-Mail: hoeftmann.k@gmail.com

Projektverantwortlicher für den GIS-Vorstand: Jacques Korolnyk; E-Mail: jacques.korolnyk@israel-schweiz.org.il

Spenden ermöglichen die wöchentliche Publikation der ZWISCHENZEILEN.

Wir hoffen, auch Sie bald zu unseren Gönnern zählen zu dürfen. Hier die Kontoangaben in der Schweiz (Überweisung zu lokalen Bedingungen):

IBAN: CH82 0873 1544 3516 4200 1 - Kontoinhaber: AMUTA*, CH-8702 Zollikon

Bank: Bank Linth LLB AG, Zürcherstrasse 3, CH-8730 Uznach - SWIFT/BIC: LINSCH23XXX